

PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG EUROPA- MITTELMEERRAUM

ENTSCHLIESSUNG

der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeerraum

zur Verbesserung der Lebensqualität und des Austauschs zwischen den Zivilgesellschaften und Kulturen

angenommen am 15. März 2005 in Kairo (Ägypten)

auf der Grundlage der Entschliebung des Vorsitzenden Mario Greco im Namen des Ausschusses zur Verbesserung der Lebensqualität und des Austauschs zwischen den Zivilgesellschaften und Kulturen

ENTSCHLISSUNG DES AUSSCHUSSES ZUR VERBESSERUNG DER LEBENSQUALITÄT UND DES AUSTAUSCHS ZWISCHEN DEN ZIVILGESELLSCHAFTEN UND DEN KULTUREN, ANGENOMMEN IM KONSENSVERFAHREN AUF DER SITZUNG DER PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG EUROPA-MITTELMEERRAUM AM 15. MÄRZ

Der Ausschuss zur Verbesserung der Lebensqualität und des Austauschs zwischen den Zivilgesellschaften und Kulturen,

In Anbetracht

- i. der ausführlichen Aussprache, die auf den Sitzungen vom 22. September 2004 und vom 31. Januar bis 1. Februar 2005 geführt wurden;
- ii. der Ausführungen über Einwanderung, die Herr Frattini, der für Justiz, Freiheit und Sicherheit zuständige Vizepräsident der Europäischen Kommission, auf der Sitzung vom 31. Januar gemacht hat;
- iii. der Informationen über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Europa und dem Mittelmeerraum, die die Dienststellen der Europäischen Kommission auf der Sitzung vom 1. Februar gegeben haben, und der Aussicht auf neue Partnerschaften, die durch die Europäische Nachbarschaftspolitik entstehen;
- iv. des Dreijahresprogramms (2005-2007) der Anna-Lindh-Stiftung Europa-Mittelmeer zur Förderung des Dialogs zwischen den Kulturen, das auf der Ministerkonferenz von Den Haag vorgestellt wurde, und der damit verbundenen Schlussfolgerungen;

zum Thema Einwanderung

- 1) stellt fest, dass das Phänomen der Einwanderung vielfältige Ursachen hat und mittels einer gemeinsamen europäischen Politik und einer konstruktiven Partnerschaft mit den Herkunfts- und Transitländern angegangen werden muss;
- 2) nimmt die Initiativen der Europäischen Kommission zur Kenntnis und verweist insbesondere auf das Grünbuch über ein EU-Konzept zur Verwaltung der Wirtschaftsmigration; unterstreicht, dass alle Initiativen in diesem Bereich in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und internationalen Übereinkommen

ergriffen werden müssen; ist der Auffassung, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten ihren Teil der Verantwortung im Hinblick auf die Aufnahme und Integration tragen müssen; insbesondere sollten die Staaten bei den Visaverfahren ein flexibleres und menschlicheres Verhalten an den Tag legen;

3) bringt den Wunsch zum Ausdruck, dass die Mittelmeerpartnerländern auf der Ebene der Regierungen und Zivilgesellschaften (einschließlich der NRO und der Vereine, die in den EU-Ländern legale Einwanderer vertreten) an der Diskussion, die durch die Vorlage des Grünbuchs ausgelöst wurde und zur Annahme einer wirklichen europäischen Strategie für die legale Einwanderung führen dürfte, umfassend beteiligt werden; bringt zudem den Wunsch zum Ausdruck, dass bei der Behandlung der Frage der illegalen Einwanderung der oft zitierte Grundsatz der gemeinsamen Verantwortung der Partner voll und ganz umzusetzen ist, denn er stellt einen notwendigen Schritt zur Entwicklung einer gemeinsamen Strategie der Länder Europas und des Mittelmeerraums dar; würdigt die umfangreichen Anstrengungen der Transitländer, dieses Problem zu beseitigen bzw. es zu bekämpfen;

4) betont, dass die Verhandlungen über die Finanzielle Vorausschau 2007-2013 als Test betrachtet werden sollten, der zeigen wird, ob die EU-Mitgliedstaaten zur Annahme einer wirksamen gemeinsamen Einwanderungspolitik und zur Erfüllung der Ziele des Haager Programms bereit sind; hebt insofern hervor, dass ein europäisches Konzept zur Teilung der Kosten entwickelt werden muss, die sich aus der Aufnahme von Einwanderern ergeben;

5) erinnert daran, dass Einwanderung hauptsächlich durch wirtschaftliche Faktoren verursacht wird, und bekräftigt die Notwendigkeit, eine gemeinsame Entwicklungsstrategie der Partnerländer auf beiden Seiten des Mittelmeeres zu erarbeiten;

6) unterstreicht erneut die Bedeutung von Maßnahmen und Programmen, mit denen die Abwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte aus Auswanderungsländern verhindert werden soll, indem wirtschaftliche Ungleichgewichte behoben und Maßnahmen ergriffen werden, die die Rückkehr von Personen, die zur Stärkung der Gesellschaft und Wirtschaft ihrer Heimatländer beitragen könnten, in ihre Herkunftsländer fördern;

zum Thema Stärkung des Dialogs zwischen den Kulturen Europas und des Mittelmeerraums

7) bringt den Wunsch zum Ausdruck, dass bei der Förderung des Dialogs der Kulturen die Notwendigkeit berücksichtigt wird, gemeinsame, unteilbare und allgemein gültige Grundwerte zu ermitteln und zu bewahren und gleichzeitig die nationale Identität eines jeden Staates und die kulturelle Vielfalt, die stets einen potenziellen Mehrwert und eine Bereicherung für die gesamte Region darstellt, uneingeschränkt zu achten;

8) ist der Ansicht, dass die Programme und Projekte, die zum dritten Korb der Partnerschaft Europa-Mittelmeer gehören, auf Themen von größter Bedeutung ausgerichtet sein sollten, einschließlich Schutz und Förderung des kulturellen und historisch-künstlerischen Erbes sowie der kulturellen Vielfalt, Dialog und Verständnis zwischen den Religionen und unterschiedlichen philosophischen Überzeugungen, Förderung des Jugendaustauschs, neue Anstöße für den interkulturellen Dialog, und zwar auch in den Ländern, in denen das Phänomen der Einwanderung große Auswirkungen hat, Förderung der Kultur der Menschenrechte, Förderung des Grundsatzes der Geschlechtergleichstellung, besondere Förderung von Projekten, die auf die sozial schwachen Bevölkerungsschichten ausgerichtet sind, und Förderung von Alphabetisierungsprogrammen, Erhöhung der Anzahl der Schulbesucher, Förderung von Programmen zur Schärfung des Umweltbewusstseins, stärkere Einbeziehung der nationalen Medien in die Verbreitung und Bekanntmachung der Ergebnisse der Partnerschaft Europa-Mittelmeer und in die Vermittlung objektiver Kenntnisse über den anderen Kulturkreis, Kampf gegen die Verbreitung falscher Vorstellungen und von Klischees über die Menschen auf der jeweils anderen Seite des Mittelmeers in den Medien und der Literatur;

9) hebt hervor, dass im Rahmen des dritten Bereichs der Partnerschaft der Zusammenarbeit zwischen den Universitäten zentrale Bedeutung zukommt; fordert daher einen verstärkten Austausch von Lehrkräften und Studenten und betont, dass die Einrichtung einer Mittelmeer-Universität eine wirksamere Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Kooperationspartnern begünstigen könnte;

10) bekräftigt erneut, dass eine Diskussion über den Status der Frau im Gesellschafts- und Arbeitsleben erforderlich ist, um gemeinsame Ansichten und Ziele zu ermitteln; fordert in diesem Zusammenhang das Präsidium der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeerraum auf, zusammen mit dem Europa-Mittelmeer-Forum der Parlamentarierinnen die erforderlichen Koordinierungsformen zu prüfen, um gegenüber den Regierungen der Partnerländer des Barcelona-Prozesses gemeinsame Schritte zu unternehmen.

11) begrüßt das Dreijahresprogramm der Anna-Lindh-Stiftung Europa-Mittelmeer zur Förderung des Dialogs zwischen den Kulturen und ersucht die Stiftung, regelmäßig Informationen über die Umsetzung des Programms bereitzustellen; unterstreicht zudem, dass die Stiftung auf die kontinuierliche und konzertierte Unterstützung durch alle nationalen Netzwerke angewiesen sein wird, um wirklich effizient wirken zu können;

11) äußert sich zufrieden darüber, dass eine Lösung für das Problem der Finanzierung der Stiftung gefunden wurde, der nunmehr 11 Millionen Euro zur Verfügung stehen, die sich aus den freiwilligen Beiträgen aller Partnerländer zusammensetzen; hofft, dass sich die Stiftung in Zukunft auf ein stabiles Finanzierungssystem stützen kann, dem Beiträge von neuen Gebern, z. B. kommunalen und regionalen Behörden, NRO und privaten Organisationen, zugeführt werden können;

12) verleiht der Hoffnung Ausdruck, dass zwischen der Stiftung und der Parlamentarischen Versammlung, deren Mitglieder die Bürger der Partnerländer unmittelbar vertreten und somit der kulturellen Zusammenarbeit weitere Impulse verleihen können, umfassende Synergieeffekte hergestellt werden können; hält es insofern für angebracht, dass das Präsidium die Vertretung der Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer in den Verwaltungsorganen der Stiftung in Betracht ziehen sollte;

13) fordert, dass der nachhaltigen Entwicklung in der Region Europa-Mittelmeer neue Impulse verliehen werden sollten, um die knappen natürlichen Ressourcen, insbesondere die Wasserressourcen, zu erhalten;

14) vertritt die Auffassung, dass eine auf Zusammenarbeit beruhende Strategie für eine integrierte ländliche Entwicklung und die Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft notwendig ist, um den sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt zu fördern und die Zerstörung der knappen und bereits stark verschmutzten natürlichen Ressourcen in der Region zu verhindern.